

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verantwortlicher: Hermann
Dresdener-Communitas 25 241
Für die Redaktionsarbeiten: 20011.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 75.—
Einzelnnummer M. 15.—, Sonntagsausgabe M. 20.—
Anzeigen-Preise. Die halbjährige Werbung kostet hier M. 30.—, subskribiert sechs M. 6.—, Familien-
kreise und Gesellschaften unter Umständen weniger. Bei den Inseraten werden die
Dresdener-Communitas 25 241, Dresden, Postfach 10068.

Druck u. Verlag von E. S. & F. Schmidt in Dresden.
Verlags-Nr. 10068 Dresden.

Senkingherde
ESCH-Dauerbrandöfen
Alleinverkauf:
Chr. Garms W. Eckardt **Gr. Zwingerstr. 13**
Furnapr. 10012
Fachgeschäft für transportable Herde und Öfen

Belvedere
Brühische Terrasse
Kunstbühne
4 Uhr täglich 8 Uhr
Ehrh. Elber-Orchester-Konzerte

Hotel u. Kaffee Blesch
4-7 Uhr und 8-12 Uhr
Konzerte
Weinrestaurant - Bar
Frühstücksstube

Spielwaren-Ausstellung
B. A. Müller, Prager Straße 32
Deutschlands größtes Spielwarenhaus

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden = A. Prager Straße 23

Das Vertrauensvotum im Reichstag.

Ueberwältigende Mehrheit für Cuno gegen Kommunisten und Deutschvölkische.

Schluss der politischen Aussprache.

Berlin, 25. Nov. Der Antrag der Demokraten, in welchem die Erklärung der Regierung gebilligt wird, ist vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen worden. Gegen ihn stimmten nur die Kommunisten und die kleine deutschvölkische Gruppe, welche sich vor kurzem von den Deutschnationalen getrennt hat. (B. L. B.)

Nachdem es zur Abstimmung kam, ergriff noch der Abg. v. Graefe das Wort zu Ausführungen, über die wir bereits im Sonntagsblatt berichteten.

Abg. Müller-Franken (Zos.) warf sodann die Frage auf, wozu das führen sollte, wenn die Vertreter von solchen Parteienpartnern, die nur drei Mann zählen, hundentlang Reden halten. Erwunderlich sei, dass Herr v. Graefe für das Kabinett kein Vertrauen habe, obwohl es jüdenrein sei und er die beste Gelegenheit hätte zu einer Veröhnungsfest. (Heiterkeit links.) Der Redner verteidigte dann die Haltung seiner Fraktion. Das Kabinett sei nur ein vereinfachtes Kabinett der Arbeitsgemeinschaft. Es sei allerdings die verfassungsmäßige Regierung. Alle Schritte der Regierung zur Stabilisierung der Mark werden auch von den Sozialdemokraten unterstützt werden. Der Boden der sachlichen Opposition soll nicht verlassen werden.

Darauf wurde auf Antrag Petersen (Dem.) gegen die Kommunisten der Schluss der Aussprache beschlossen.

Die Abstimmung.

Zur Abstimmung lag vor der Antrag Dr. Petersen (Dem.): Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, dass sie die Note vom 18. November d. J. zur Grundlage ihrer Politik machen will.

Ferner lag das kommunistische Misstrauensvotum vor. Unter großem Lärm, wobei Abg. Oslein (Komm.) sich über die Vergeßlichkeit beschwerte und wobei er die Sozialdemokraten als Räuberbande bezeichnete, wurde beschlossen, zuerst über das kommunistische Misstrauensvotum abzustimmen. Das Misstrauensvotum wurde gegen die Kommunisten und die Gruppe Ledebour abgelehnt. Den kommunistischen Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. Petersen unterstützten nur noch die Gruppe Ledebour und die Deutschvölkischen von Graefe, Wulle und Hennig. (Große allgemeine Heiterkeit und Weisheit.) Die Unterstimmung reichte also nicht aus. In einfacher Abstimmung wurde darauf, wie oben berichtet, das Vertrauensvotum Dr. Petersen mit gewaltiger Mehrheit gegen Kommunisten und Deutschvölkische angenommen. (Großer Lärm bei der radikalen Linken und Drohschreie des Abgeordneten Oslein.)

Ein Gesetzentwurf, der die Beträge erhöhen will, die den Forschungsinstituten aus den Erträgen des Brauwirtschaftsmonopols zufließen, wurde angenommen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Montag, den 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr: Interpellationen und kleine Vorlagen.

Reichskanzler Dr. Cuno im Reichsrat.

800,1 Milliarden Haushaltsbeitrag.
Berlin, 25. Nov. Die Sitzung des Reichsrates wurde von dem Reichskanzler Dr. Cuno mit einer Ansprache eröffnet, in der er u. a. folgendes ausführte:

Es war mir ein Bedürfnis, an dem ersten Tage nach Übernahme meines Amtes bei Ihnen zu sein. Ich glaube mich dem Hute des Reichspräsidenten nicht verlagern zu sollen, weil ich es für meine Pflicht hielt, daß jeder da seine Kräfte einsetze, wo nach der Ueberzeugung der Allgemeinheit, der Ueberzeugung des Parlamentes und nach der Ueberzeugung auch der Autoritäten des Reiches seine Kraft am nutzbarsten eingesetzt werden konnte für die Gesamtheit unseres Volkes. Es war einer meiner ersten Akte, die ich vollzog, daß ich mich in einem Schreiben an sämtliche Herren Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten der Länder wandte. Denn ich bin überzeugt, daß die Aufgaben, die uns für die nächste Zeit bevorstehen, nicht gelöst werden können und nicht bewältigt werden können von einem Kabinett, mag es noch so sachlich und noch so sehr den Bedürfnissen der einzelnen Reichsteile entsprechend zusammengesetzt sein, allein in Zusammenarbeit mit dem Reichstage, sondern daß wir dabei in den Fragen, die uns im Innern in den nächsten Wochen und Monaten schwerlich und verantwortlich zu beschließen haben werden, und in der Geschlossenheit des ganzen Reiches nach außen auch für die Fragen, die die Außenpolitik betreffen, des absoluten Zusammenhanges und der verbindlichen Zusammenarbeit bedürfen. Ich hatte den Wunsch, die Herren Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder zu besuchen. Das wird nicht möglich sein. Ich werde für die

nächste Zeit an Berlin gebunden sein, und ich habe deshalb vorgeschlagen, daß wir zu einem nahen Zeitpunkt die Herren hierher bitten. Diese Aussprache wird für die Arbeit des Kabinetts grundsätzlich und grundlegend sein.

Darüber hinaus hatte ich es für meine Pflicht, daß wir die Herren, die hier in ständiger Mitarbeit als Vertreter der Länder zu wirken haben, von Zeit zu Zeit über die allgemeine Lage, wie sie ist, unterrichten. Ich bitte, überzeugt zu sein — ich brauche wohl nicht zu wiederholen, was ich gestern in meiner Rede im Reichstage gesagt habe —, daß ich im Rahmen der Verfassung die Eigenart und Selbstständigkeit der Länder zu erhalten wissen werde, solange ich den Platz einnehme, auf dem ich jetzt sitze. So bitte ich Sie denn, meine Herren, besonders auch diejenigen von Ihnen, die früher schon mit mir zusammengearbeitet haben: arbeiten Sie in gleicher Weise wie damals mit mir zusammen! Ich bin sehr erdeter geworden! Ich bin ebenso bereit einzutreten und allein von dem vermehrten Willen, dem Reiche und Volke zu dienen, und ich glaube, meine Herren, daß nicht nur die Arbeiten, die hier unmittelbar zur Erledigung vorliegen, die Früchte dieses Willens sein werden, sondern daß vor allen Dingen auch eine Frucht von Ihnen erzeugt werden wird: das ist der feste Zusammenschluß der Länder im Reichsverbande, das ist die feste, reichstreue Gesinnung aller, ohne die wir nach außen nichts bedeuten und nach innen die Ordnung nicht aufrecht erhalten können. Ich danke Ihnen.

Staatssekretär Höpfer dankt dem Reichskanzler für sein Erscheinen und für seine getragenen und heutzutage Worte, die auch im Reichsrate freudigen Widerhall gefunden hätten.

Der Reichskanzler bittet sodann, ihn mit Rücksicht auf die Tagung des Reichstages zu entschuldigen, und übergibt den Vorsitz dem Reichsminister des Innern Decker.

Zur Bearbeitung des Haushaltsübersichtes über den sechsten Nachtrag zum Haushaltsjahr nahm alsdann Ministerialdirektor Sachs das Wort, der u. a. ausführte:

Der vorgelegte Nachtrag

gibt ein niederdrückendes Bild unserer allgemeinen Finanzlage. Der Gesamtschuldentrag erhöht sich von bislang 22,3 Milliarden Mark auf 290,1 Milliarden Mark, wovon nur 45 Milliarden aus dem Ertrage der in diesem Jahre fälligen Zwangsanleihe gedeckt werden sollen. Es bleiben somit

844,8 Milliarden Mark ohne Deckung.

Der Ueberdruck im Haushalte der allgemeinen Reichsverwaltung ist verschwunden. Zwar hält er noch das Gleichgewicht. Dieses wird aber durch weitere Anschwellen der Ausgaben gefährdet werden. Von den Betriebsverwaltungen deckt nur noch die Eisenbahnverwaltung die Ausgaben mit eigenen Einnahmen. Die Postverwaltung erfordert schon einen Zuschuß von 47,9 Milliarden Mark. Das und im Frühjahr bewilligte Voratorium setzt an die Stelle der eigentlichen Reparationsforderungen von 3 Milliarden Goldmark die Forderung von 720 Millionen Goldmark in bar und 1450 Millionen in Sachleistung. Hierfür müßten, entsprechend der vorgeschrittenen Geldentwertung, 151,9 Milliarden Mark in den Haushalte eingestellt werden.

Die und zugebachte Erleichterung brachte also eine Mehranleihe von 16,9 Milliarden Mark.

Das führte dann zur Ausgabe der Reichsbankwechsel mit sechsmonatiger Laufzeit. Zu deren Deckung müßten nunmehr aber 208 Milliarden Papiermark in den Haushalte eingestellt werden, zusätzlich 101,5 Milliarden Mark für Sachleistungen, also

264,5 Milliarden Mark mehr als die ursprüngliche Reparationsforderung

von 3 Milliarden Goldmark betrug. Nun hat die Reichsregierung, die sich auch auf den Boden der letzten Reparationsnote gestellt hat, in Aussicht gestellt, das Gleichgewicht im Reichshaushalt herzustellen. Zur Hebung des Gleichgewichtes ist es unabwendbar, mit dem Abbau der Ausgaben den Ernst zu machen, Hand in Hand mit der Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten in den verschiedenen Verwaltungen. Dazu wird es durchgreifende Mittel bedürfen als bisher, und es steht zu hoffen, daß der Reichstag diese Auffassung teile. Der Nachtrag ist in den Ausschüssen mit der größten Sorgfalt geprüft und namentlich unter dem Gesichtspunkte möglicher Sparmaßnahmen bearbeitet worden. Unter Annahme der bereits bewilligten Anleihe soll ein weiterer Anleihekredit in Höhe von 201,5 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden. Eine besondere Vorsicht soll sicherstellen, daß zur Unterbringung entbehrlich gewordenen Beamter Angestellte und sonstige Lohnempfänger gegen Gewährung einer vom Reichsfinanzminister festgelegten Abfindungsumme entlassen werden können. Der vorgeschrittenen Geldentwertung wird dadurch Rechnung getragen, daß die Beträge, die aus Baufonds für kleinere Bauten verwendet werden dürfen, erhöht wurden. Die Ausschüsse beantragen, dem Nachtragentwurf anzuhimmen. Der Reichsrat schloß sich diesem Vorschlage an und genehmigte den Nachtragentwurf.

Französisches Uebelwollen gegen Cuno.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)

Paris, 25. Nov. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Berlin gibt über die Regierungserklärung des neuen Reichskanzlers Cuno folgende Eindrücke wieder: Der Reichskanzler macht wenig Gutes. Man kann ihm nicht das Verdienst zusprechen, daß er ein guter Redner ist. Seine Rede hat nicht das gehalten, was man von ihr erwarten konnte. Sie hat nicht einmal das Verdienst, originell zu sein. (1) Es scheint dem Kanzler am Herzen zu liegen, zu zeigen, daß er die Tradition seines Vorgängers fortsetze, denn er wendet die gleichen Formen an. Vom französischen Gesichtspunkt aus hat die neue Regierung den Vorteil, eine klare Haltung selbst in der Opposition einzunehmen, und das ist besser, als das doppelte Spiel des Kabinetts Birck. Es wird erst in einiger Zeit möglich sein, ein endgültiges Urteil über die Politik des neuen Kanzlers zu fällen.

Die italienische Presse über Cuno.

Rom, 25. Nov. Die römischen Zeitungen begrüßen Cuno in sehr freundlichen Artikeln. Sie bringen seine Biographie und heben seine Leistungen während und nach dem Kriege hervor. Der „Corriere d'Italia“ nennt Cuno einen Mann von großem Talent und einen Freund des Zentrums. Kamentlich wegen seiner vielen Beziehungen zu Amerika sei Cuno der Mann, den Deutschland für den Wiederaufbau brauche.

Die neue Regierung und die Markstabilisierung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)
London, 24. Nov. Der Berliner Korrespondent des „Daily Express“ hatte mit dem Reichskanzler Cuno eine Unterredung, in der dieser erklärte, die neue Regierung halte sich an die Vorschläge des Reichskanzlers Dr. Birck vom 14. November über die Stabilisierung des Markfußes gebunden. Die neue Regierung werde die Unterhandlungen fortzuführen.

Die widerspenstigen Diplomaten.

Berlin, 25. Nov. Man spricht in parlamentarischen Kreisen davon, daß der deutsche Gesandte in Wien, Dr. Pfeiffer, jedenfalls veretzt werden wird, weil er einer Aufforderung des Reichskanzlers, nach Berlin zu kommen, um hier evtl. ein Amt in der Regierung zu übernehmen, nicht gefolgt ist. Ebenso hat sich der deutsche Botschafter in Rom, Neurath, vergeblich zu einer Berliner Reise von Cuno einladen lassen.

Aufhebung der Pressebeschränkungen?

Berlin, 25. Nov. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, arbeitet die Deutsche Volkspartei bei der Regierung darauf hin, sie zu veranlassen, die Pressebeschränkungen aufzuheben und das Gesetz zum Schutze der Republik überhaupt wesenlich abzubauen, soweit es sich nicht um die Bekämpfung der Geheimorganisationen handelt.

Die Erhöhungen der Beamtenbezüge.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 25. Nov. Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurden die neuen Erhöhungen der Beamtenbezüge beraten. Von verschiedenen Seiten wurden ernste Bedenken angesichts der riesigen, zunächst noch ungedeckten Ausgaben geäußert, die durch diese Erhöhungen verursacht werden. Seitens der Regierung wurde erklärt, daß unter Berücksichtigung der Teuerungsverhältnisse eine Veranschlagung des Teuerungszuschlages um 71 auf 120 v. H. angemessen erscheine. Aus demselben Grunde sei auch die Erhöhung der Frauenzulage auf 2000 Mk. monatlich erforderlich geworden. Der Frauenzuschlag wird auch den Ruhegehaltsempfängern in gleicher Weise gewährt werden wie den Beamten. Bezüglich der finanziellen Auswirkungen der neuen Erhöhungen wurde von der Regierung bestätigt, daß sie zunächst einen erheblichen Geldbedarf erfordert. Dem ständen aber aus der Geldentwertung die zu erwartenden höheren Einnahmen aus Steuern und aus den Betrieben der Post und Eisenbahn gegenüber. Da diese Mehreinnahmen aber erst später in die Erleichterung treten können, müßten bis dahin die erforderlichen Geldmittel zunächst durch eine weitere Verhärtung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse im Wege der Begebung von Schatzanweisungen beschafft werden. Die haushaltrechtliche Regelung wird in einem weiteren Nachtrag erfolgen. Der Ausschuss ermächtigte hierauf die Regierung zur schleunigsten Auszahlung der erhöhten Bezüge an die Beamten und nahm zum Schluß noch eine Entschiedenheit des Abg. W. W. (D.M.) an, wonach die gesetzlichen Beihilfen für die Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870/71 (Gesetz vom 18. Mai 1906) angemessen erhöht werden sollen.